

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.  
 Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verordnungsblätter.  
 Unter Schutzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Bezahlt für die sechsgehaltene Rollenzeit oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt jedes Wort 20 Pf. (täglich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulbekanntmachungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Anzeigen über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adressen:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 21. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Reichsfinanzschwindel.

**I.**  
 Die Beschöniger unserer Reichsfinanzlage sind wieder emsig an der Arbeit, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Diese freiwilligen Offiziösen arbeiten damit der Regierung vor, die ja nach den gebieterischen Forderungen der Schnapsblockbrüder dem im Herbst zur Schlußsession zusammen tretenden sterbenden alten Reichstage eine schönfärbische Darstellung der Finanzlage des Reiches vorlegen soll. Diese Darstellung soll nicht nur die berüchtigten Laten des Schnapsblockes verherrlichen, sondern auch die ganze finanzielle Lage des Reiches in bengalischem Feuer erstrahlen lassen. Wenn sich dann auch in Südwestafrika die Wetterwolken eines neuen kostspieligen Kriegsabenteuers zusammengeballt haben sollten oder wenn gar ein internationaler Konflikt seinen unheilswangeren Schatten werfen sollte, so könnte man dann wenigstens mit dem „glänzenden“ Stande unserer „ferngedunden“ Reichsfinanzen renommierten. Und wenn dem neuen Reichstag die unausbleiblichen neuen Marineforderungen vorgelegt werden, so können dann auch diese enormen Neubelastungen mit dem Hinweis auf den brillanten Stand der Reichsfinanzen um so leichter durchgedrückt werden. Kein Wunder also, daß Schnapsblockbrüder und Flottenferer mit gleichem Eifer bemüht sind, unsere Finanzlage als eine geradezu blendende hinzustellen.

Herr Erzberger unter diesen Lobpreisern unserer Reichsfinanzen nicht fehlen darf, versteht sich von diesem betriebsamsten Klopfschreier der schwarzen Demagogie von selbst. Ja, man darf gerade Herrn Erzberger das Zeugnis ausstellen, daß sein Preisgesang auf die glorreichen Erfolge der Reichsfinanzreform des Schnapsblockes am frohlockendsten tönt, daß er geradezu Purzelbäume des Entzückens schlägt über die nach seiner Darstellung geradezu wunderbare Entwicklung unserer Reichsfinanzen. Nur schade, daß Herr Erzberger „den großen Fortschritt in der Gesundung der Reichsfinanzen gegenüber dem Reformplane der Regierung“, d. h. also eine Besserung sogar über das hinaus, was in den Absichten der Regierung und ihrer Reichsfinanzreformvorlage lag, nur unter Zuhilfenahme der sonderbarsten Legenden zu behaupten vermag! Die Herr Erzberger mit den Tatsachen umspringt, verdient schon des abschreckenden Exempels wegen des näheren gekennzeichnet zu werden.

Auch Herr Erzberger geht von dem den Schnapsblock in einen wahren Stützbaumel verkehrenden Faktum aus, daß sich für das Jahr 1910 ein Ueberschuß von 118 Millionen über den Etatsansatz ergeben hat. Er beginnt seinen Artikel in der Rittwöchener der „Märkischen Volkszeitung“ folgendermaßen:

„Der ungemein günstige Abschluß des Jahres 1910 mit seinem Ueberschuß von 118 Millionen Mark hat eine ganze Reihe falscher Behauptungen hervorgerufen lassen. Auffallendstweise haben auch Reichstagsabgeordnete, die doch den Etat kennen sollten, hierzu ein erhebliches Stück beigetragen. So behauptet ein Abgeordneter, man habe 1910 schon 152 Millionen Mark getilgt und keinen Pfennig neue Schulden gemacht. Von anderer Seite kommt die Antwort, gar nichts ist getilgt worden, man hat sogar noch gewaltige neue Schulden gemacht. Ein Dritter behauptet die Fortsetzung der Pumpschwirtschaft auf 81 Millionen Mark ein. Keine einzige dieser Behauptungen ist zutreffend und man muß verwundert fragen, daß selbst über feststehende Tatsachen so widersprechende Behauptungen aufgestellt werden können. Wie steht denn die Sache in Wirklichkeit? Der genehmigte Etat für 1910 enthält noch einen Anleihebetrug von 148 Millionen Mark. An dieser Summe war aber schon in Abzug gebracht der für Tilgung der Reichsschulden ausgesetzene Betrag von 22 Millionen Mark. Würde der Etat glatt durchgeführt worden sein, so hätte das Reich 148 Millionen Mark neuer Anleihen gemacht und nichts abbezahlt. Nun ist aber nicht die ganze Summe von 148 Mill. Mark als eine verwerfliche Pumpschwirtschaft anzusehen, sondern darunter befinden sich 82,5 Mill. Mark für Reichspost und Reichseisenbahnen, welche ihre Verzinsung und Amortisation aufbringen und daher anzuschreiben sind, also bleibt noch ein Rest von 115,5 Mill. Mark als Anleihe übrig, welcher für nichtverwendende Zwecke ausgegeben werden sollte (Nord-Ostsee-Kanal, Festungen, strategische Eisenbahnen, Schiffsbauten). Da aber der Etat für 1910 mit einem Ueberschuß von 118 Millionen Mark abkloß, so ist dieser Anleihebetrug glatt gedeckt, es bleibt sogar noch ein reiner Ueberschuß von 2,5 Millionen Mark übrig, den man für tatsächliche Schuldentilgung gutschreiben muß. So sieht in Wahrheit das Jahr 1910 kaufmännisch für sich betrachtet aus, es schließt ohne Schulden ab und hat für Heimzahlung alter Schulden noch 2,5 Millionen Mark übrig gelassen; aber 152 Millionen Mark sind nicht getilgt worden, ebenso ist die Pumpschwirtschaft nicht fortgesetzt worden. Das Schlussergebn ist vielmehr ein über alles Erwartung günstiges.“

Es ist in der Tat in höchstem Grade erstaunlich, wie Reichstagsabgeordnete Behauptungen über den Etat 1910 aufstellen können, die eine geradezu verblüffende Unkenntnis der wirklichen Tatsachen verraten. Aber auch Herr Erzberger verfährt schon hier sehr wenig gründlich und gewissenhaft, um zum Schluß eine reelle Schuldentilgung von 2 1/2 Millionen

herausrechnen und dies Resultat als „ein über alles Erwartung günstiges“ preisen zu können.

Zunächst ist es nicht ohne weiteres angängig, die zwei- unddreißig Millionen des für die Tilgung der Reichsschulden vorgesehenen Betrages einfach ganz außer Rechnung zu stellen. Der Etat für 1910 freilich beziffert den Anleihebetrug nur auf 148 Millionen, indem er die 32 Millionen für „Schuldentilgung“ einfach auf den Anleihebetrug verrechnet. Zwar bestimmt der § 3 des Gesetzes vom 15. Juli 1909, daß die zur Schuldentilgung im Etat bereitgestellten Beträge auch zur Anrechnung auf das Anleihefoll verwendet werden können, allein das gilt doch nur für den Notfall, für den Fall einer ungünstigen Etatgestaltung. Die Absichten der Regierung gingen jedenfalls bei der Reichsfinanzreform dahin, nicht nur eine fiktive, sondern eine wirkliche Schuldentilgung zu ermöglichen. Hinzu kommt aber noch, daß sich unter den 32 Millionen 5 1/2 Millionen zur Tilgung der gestundeten Matrifularbeiträge befinden, für die die Bestimmung des § 3 nicht gilt, die also unbedingt zur wirklichen Tilgung hätten verwendet werden müssen! Schon dieser eine Umstand zerfüßt die hübsche Rechnung des Herrn Erzberger, trotz des nachträglichem Ueberschusses von 118 Millionen! Das „über alles Erwartung günstige Resultat“ stellt sich in Wirklichkeit so dar, daß statt einer Schuldentilgung von mindestens 5 1/2 Millionen, wie sie das Gesetz vom 15. Juli 1910 vorschrieb, nur 2 1/2 Millionen getilgt werden konnten!

Aber mehr noch: Herr Erzberger zieht von den 148 Millionen Anleihe ganz einfach auch 32,5 Millionen für werbende Anleihen ab, um zu seinem angeblich so überaus günstigen Ergebnis zu gelangen. Er vergißt also ganz, daß die amtliche Denkschrift über die Reichsfinanzreform ausdrücklich als ihre Ziele nannte:

- 1. Die Verhinderung weiterer Schuldenvermehrung sowie eine regelmäßige ausreichende Tilgung der vorhandenen und der künftig aufzunehmenden Anleihen.
- 2. Die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Bedarf und Deckung.

Wie kann Herr Erzberger demgegenüber eine Schuldentilgung um lumpige 2 1/2 Millionen gegenüber einem neuen Pump von 32 1/2 Millionen als „über alles Erwartung günstiges Resultat“ zu verherrlichen wagen? Liegt doch auf der Hand, daß bei einem so schreienden Mißverhältnis zwischen Schuldentilgung und Schuldenmachen niemals an eine wirkliche Schuldentilgung zu denken ist! Und die halbe Milliarde neuer Steuern sollte doch gerade der leidigen unheilvollen Pumpschwirtschaft ein radikales Ende machen!

Doch diese Schönfärbereien des Herrn Erzberger sind nur Kleinigkeiten gegenüber seinen weiteren Leistungen, die wir in einem zweiten Artikel unter die Lupe nehmen wollen.

Für heute nur noch ein zweites Beispiel für die erstaunliche Fähigkeit des Herrn Erzberger, alle Dinge durch eine rosenrote Brille zu sehen. Fährt er in seinen Darlegungen doch also fort:

„Das laufende Jahr 1911 scheint sich ähnlich zu entwickeln, der genehmigte Etat sieht noch eine Anleihe von 97 Millionen Mark vor, nachdem schon alle Ausgaben für Schuldentilgungen im Abzug gebracht worden sind. In diesen 97 Millionen Mark neuer Schulden stehen aber 38,3 Millionen Mark Ausgaben für werbende Anlagen (Wohnungen, Reichspost und Eisenbahnen), so daß noch rund 60 Millionen Mark Zuschuß für Nord-Ostsee-Kanal, Festungen und Schiffsbauten enthalten sind. Die bisherige Entwicklung der Einnahmen für 1911 läßt hoffen, daß diese Summe durch Ueberschüsse gedeckt wird, und dann steht 1911 ebenso glänzend da wie 1910. Für 1912 nun aber ist es Aufgabe des Voranschlags zum Etat, ohne einen Pfennig für nichtverwendende Anlagen auszulassen. 1913 muß dann die wirkliche Schuldentilgung bringen und die Zukunft uns auf dieser Höhe halten.“

Herr Erzberger verfährt also auch hier nach seinem famosen Schema, von vornherein alle durch das Gesetz vom 15. Juli 1909 vorgeschriebenen Schuldentilgungen einfach außer Betracht zu lassen. Dabei handelt es sich für 1911 um nicht weniger als 89 Millionen an „Schuldentilgung“, die man einfach auf die Anleihe in Anrechnung gebracht hat. Und unter diesen 89 Millionen sind diesmal 45,6 Millionen, die nach Sinn und Wortlaut des genannten Gesetzes unbedingt zur wirklichen Schuldentilgung hätten verwendet werden müssen! Herr Erzberger aber verschiebt jede wirkliche Schuldentilgung einfach auf das Jahr 1913. Dieses Jahr „muß“ dann die wirkliche Schuldentilgung bringen. Vergleichen mit dem Brustum der Ueberzeugung vorgelegene Veteuerungen machen sich ja besonders reizend bei einem Manne, der bei den Dottenottentwahlen den Wähler bekanntlich feierlich verheißt hat, daß das Zentrum künftig nicht mehr für neue indirekte Steuern auf den Massenkonsum zu haben sei!

Auch die neuen 36,3 Millionen Anleihen für werbende Zwecke machen dem hochgemuteten Herrn Erzberger nicht die geringsten Skrupel, obgleich in der Kommission für die Reichsfinanzreform der Regierungsvertreter ausdrücklich betonte, daß auch Anleihen für werbende Zwecke in längstens 30 Jahren getilgt werden müssen. Wenn man aber für werbende Zwecke jährlich immer neue Anleihen macht, ohne die alten Schulden zu tilgen, so wird es mit jeder Schuldentilgung immer problematischer!

Wir stellen also schon heute fest: Die Finanzlage des Reiches in 1910 und 1911 hat sich weit ungünstiger gestaltet, als es in dem Reformplane der Regierung lag, sie hat entgegen den Absichten und Hoffnungen der Regierung keine Schuldentilgung, sondern nur eine erhebliche Schuldenvermehrung gebracht. Herr Erzberger aber bringt es fertig, die Etatgestaltung für 1910 und 1911 eine „über alles Erwartung günstige“, ja eine „glänzende“ zu nennen! Wenn wir schon jetzt solchen struppelosen Verdrehungen der Tatsachen begegnen, mit welcher frivolen Mitteln mag da der Schnapsblock erst während des Wahlkampfes selbst arbeiten!

## Das Koalitionsrecht der Reichseisenbahner.

Bei der Beratung des Etats der Reichseisenbahnen im Reichstag ist der Minister wiederholt darüber interpelliert worden, wie er sich zum Koalitionsrecht der Reichseisenbahner stellt. Dabei hat Herr v. Breitenbach, zum Teil in lebhafter Kontroverse mit dem Abg. Emmel, den Reichs- und Staatsangestellten wohl das Streikrecht abgestritten, er hat jedoch immer betont, daß das in der Reichsgewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht diesen Leuten ebenso wenig wie den Arbeitern in den Privatbetrieben streitig gemacht werden solle. Wie diese Versicherung aus preussischem Ministermunde zu verstehen ist, zeigt wieder drastisch ein Vorgang im jungen Verfassungslande Elsaß-Lothringen.

In Mühlhausen i. El. besteht seit Jahren unter vortrefflicher Leitung ein Verein der Eisenbahn-Werkstättenarbeiter, der jetzt 780 Mitglieder zählt. Er ist eine Filiale des Verbandes der Eisenbahnarbeiter von Elsaß-Lothringen und Luxemburg, mit dem Sitz in Straßburg-Bischheim. Der Verein hält natürlich Mitgliederversammlungen ab, in denen er „zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“, wie dies § 152 der Gewerbeordnung vorschreibt, die Lage der Mitglieder bespricht. Schon zu Beginn dieses Jahres nun wurde gegen den Vorsitzenden und den Schriftführer des Vereins in Mühlhausen i. E. von der Werkstättenabteilung ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, weil der Vorstand es sich nicht gefallen lassen wollte, daß die Vereinsversammlungen regelmäßig von einem Kontrollbeamten der Verwaltung besucht und überwacht würden. Erst vor kurzem erfolgte deshalb wieder ein neuer Zusammenstoß mit dem überwachenden Beamten, eine Meinungsverschiedenheit, die aber in durchaus parlamentarischer Form ausgetragen wurde. Vor einigen Tagen nun erhielt der Vorsitzende ein Schreiben, das als klassisches Maßregelungsdokument der Reichseisenbahnverwaltung hier im amtlichen Wortlaut folgen möge:

Mühlhausen, den 13. Juli 1911.  
 Der Vorstand  
 des kaiserlichen Eisenbahn-  
 Werkstätten-Amtes.  
 An  
 den Facharbeiter Herrn Martin Schmidt,  
 1. Vorsitzender des Vorstandes des Vereins der Eisenbahn-  
 Werkstättenarbeiter Mühlhausens. Hier.

In der unter Ihrem Vorst. am 10. Juni d. J. abgehaltenen Versammlung des Vereins der Eisenbahn-Werkstättenarbeiter Mühlhausens haben Sie nach Erledigung der Tagesordnung bekannt gegeben, es sei noch eine innere Angelegenheit rein persönlicher Natur zu behandeln, wobei die Anwesenheit des von der Generaldirektion zur Teilnahme an der Versammlung beauftragten Beamten nicht erwünscht sei, um eine freie Aussprache der Vereinsmitglieder der sich zu stellen. Da der Beamte hierauf nicht freiwillig den Saal verließ, haben Sie darüber abstimmen lassen, ob die Ausschiebung des Beamten erfolgen sollte. Nach einstimmiger Annahme dieses Antrages haben Sie den von der Generaldirektion abgeordneten Beamten ersucht, sich zu entfernen.

Nachdem wegen der gleichen Handlungsweise Ihnen am 7. Februar d. J. mündlich eine Verwarnung und Aufführung erteilt worden ist, muß in dem jetzigen Vorgehen eine Gehorsamsverweigerung erblickt werden, die von Ihnen in erster Linie veranlaßt worden ist und für die Sie daher verantwortlich sind.  
 Die von Ihnen vorgebrachten Entschuldigungsgründe vermögen Sie nicht zu entlasten. Da Ihnen mitgeteilt worden war, der Beamte sei zur Teilnahme an der Versammlung beauftragt, konnten Sie nicht im Zweifel darüber sein, daß dieser Auftrag für die ganze Dauer der Versammlung, auch für außerhalb der Tagesordnung zu verhandelnde Angelegenheiten, Geltung hatte.

Ich kündigung Ihnen daher wegen der in Ihrem Vorgehen liegenden groben Disziplinwidrigkeit das Dienstverhältnis, derart, daß Sie 14 Tage nach Empfang dieses Schreibens ausscheiden.

(gez.) Bergmann.  
 Ein ähnlich lautendes Schreiben erhielt der erste Schriftführer Moiss Schalk, dem insbesondere zur Last gelegt wird, daß er in der fraglichen Vereinsversammlung in Unterstützung des Vorsitzenden ausgesprochen habe, die Verwaltung entfände ihren Vertreter nur zur Teilnahme an der Versammlung während der Besprechung des geschäftlichen Teiles, nicht auch zur Teilnahme während der Verhandlung persönlicher Angelegenheiten, die nicht auf der Tagesordnung ständen. Es sei daher erwünscht, daß der Beamte den Saal verlasse.“ Am Schluß betont dieses zweite Schreiben des Eisenbahnwerkstätten-Amtes, daß die Entlassung „mit Genehmigung der kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen“ erfolge.

















Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Morgen Sonnabend, den 22. Juli, bei 10 Uhr, Dönnitzstr. 18: Kinderfest der 1. und 2. Abteilung. Fünfter Kreis. 4. Abteilung. Sonntag, den 23. Juli, 1 Uhr mittags: Ausflug nach Friedrichsfelde. Treffpunkt Lindenpark. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Abteilungsführer.

Waldhof. Heute Freitag, den 21. Juli, von abends 7 Uhr ab, findet im Jugendheim, Wismarstr. 11, aus die Verbreitung der Wählerkarten statt. Um diese Arbeit schnell erledigen zu können, ist die Beteiligung aller Genossen und Genossinnen unbedingt notwendig.

Morgen Sonnabend, den 22. Juli, im Lokal des Herrn Lehmann (vormals Fischer), Wismarstr. 60: Gemeindevorstandswahl für die dritte Abteilung. Wohlzeit: Nachmittags 5-8 Uhr. Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist Genosse Otto Petrich, Hoffmannstr. 24. Es wird dringend ersucht, rechtzeitig zur Wahl zu gehen.

Karlshorst. Das Sommerfest findet am Sonnabend, den 22. d. M., im Restaurant „Karlshorst“, Joh. Vartels, statt. Für Unterhaltung aller Teilnehmer ist durch Konzert, Gesangsvorträge, Preisfesten, Kinderbelustigungen usw. reichlich Sorge getragen. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne und ein Präsente gratis. Eintritt 30 Pf., Kinder in Begleitung der Eltern sind frei.

Bernau. Morgen Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen Salzmann, Potsdamer Straße, unsere Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Unger-Halensee über: Schule - Kaserne - Postle. 2. Vereinsangelegenheiten.

Groß-Lichterfelde. Die Parteigenossen veranstalten am Sonntag, den 23. Juli, ein großes Volksfest in dem prächtigen am Teltow-Nanal gelegenen Garten von Fritz Walden, Bältestraße 22. Die Festleitung hat alle Vorbereitungen getroffen, ein der Arbeiterchaft in jeder Beziehung würdiges Fest zu veranstalten und auch für Unterhaltung und Belustigung der Kinderwelt ist bestens gesorgt. Es darf daher ein guter Besuch des Festes erwartet werden.

Berliner Nachrichten.

Groß-Berlin zahlt ein Viertel der preussischen Einkommensteuer.

Groß-Berlin zahlt ein Viertel der preussischen Staatseinkommensteuer, während sein Anteil an der Bevölkerung noch nicht 9 Prozent beträgt. Dies ist das wichtigste und nicht genug ins Licht zu rührende Ergebnis einer neuen Untersuchung von Professor Dr. Silbergleit in den statistischen Monatsberichten. Das Veranlagungsjahr Preußens betrug 1910 insgesamt 294 Millionen. Davon lieferte Berlin mit 67 Vororten 72 1/2 Millionen, Berlin allein über 42 Millionen. Dazu kommt noch, daß Steuer und Leistungsfähigkeit nicht überall gleich sind. In den Städten wird vor allem das Einkommen weit stärker erfaßt. Die Novelle von 1907 vermehrte die Zahl der Jeniten um 50 000. Selbst das Rheinland steht mit 62 Millionen um 10 Millionen hinter Groß-Berlin zurück. Selbst die sechs östlichen Provinzen bringen zusammen 10 1/2 Millionen weniger Einkommensteuer als Groß-Berlin. Erst wenn man Schleswig-Holstein mit 10 1/2 Millionen hinzurechnet, kommen sie Groß-Berlin gleich. Berlin allein liefert an Staatseinkommensteuer noch über 6 Millionen Mark mehr als West- und Ostpreußen, Posen, Pommern und Brandenburg ohne die 67 Vororte zusammen.

Die Bevölkerungsentwicklung Groß-Berlins im Umfange der 88 Gemeinden usw., welche an die Berichterstattungen in den statistischen Monatsberichten Groß-Berlins angegeschlossen sind, ist, wie wir dem Doppelheft ihres neuen Jahrganges entnehmen, durch eine Zunahme um 8519 im Januar, um 5754 im Februar, dagegen durch eine im wesentlichen auf den Rückgang der Anmeldungen zurückzuführende Abnahme um 7903 im März 1911 bezeichnet. Die auf Tausend der mittleren Bevölkerung bezogene Lebendgeburtensziffer betrug in den drei ersten Monaten dieses Jahres 21,41, 22,54 und 21,16; die in gleicher Weise umgerechnete Zahl der Sterbefälle, das ist die Sterblichkeitsziffer stellte sich auf 14,97, 14,89 und 14,12, so daß ein Geburtenüberschuß in Höhe von 6,44, 7,65 und 7,04 verblieb. Das Verhältnis der Zahl der gestorbenen Säuglinge zu den Lebendgeborenen des gleichen Monats betrug im Januar und in den beiden folgenden Monaten 13,26-24,15 und 14,10 Proz.

Der Beschäftigungsgrad in denjenigen Betrieben Groß-Berlins, welche am 1. Januar 1909 mehr als 25 versicherungspflichtige Personen aufwiesen oder welche diese Grenze im Laufe des Jahres 1909 überschritten haben, wird gekennzeichnet durch die Gesamtzahl von 632 942 am 1. April 1911. In den gleichen Betrieben waren im Jahre vorher 599 104 Personen beschäftigt, so daß eine Zunahme des Beschäftigungsgrades um 88 838 oder 5,62 Proz. zu verzeichnen ist. An dieser Zunahme ist die Industrie der Maschinen und Apparate allein mit 20 975 beteiligt, das Zunahmeverhältnis gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres beläuft sich in dieser Gruppe auf 13,48 Proz., also auf mehr als das Doppelte der Steigerung, welche sich für den Durchschnitt des gesamten Gewerbes ergab. Unbedeutend dieser bedeutamen Entwicklung des Beschäftigungsgrades aber ist eine erhebliche Zunahme der von den freien Gewerkschaften unterstützten Arbeitslosen und der ihnen gewährten Unterstützungen beträge in den ersten Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eingetreten, und zwar für die vierwöchentliche Periode vom 18. Dezember 1910 bis zum 14. Januar 1911 um 8040 bei den Unterstützten und 78 106 M. bei den Unterstützungsgebern, in der folgenden um 8969 bzw. 65 908 M., in der weiter anschließenden um 7833 bzw. 66 188 M.

Neue Anforderungen für Krankenhäuser. Für die Anlage, den Bau und die Einrichtung von Kranken-, Heil-, Pflege- und Entbindungsanstalten sowie von Säuglingsheimen sind von den zuständigen Zentralinstanzen jetzt neue Vorschriften aufgestellt worden, die für die Genehmigung zum Neubau, Umbau oder zur Erweiterung solcher Anstalten dienen sollen. Die „Arztzeitung“ gibt daraus einen Auszug. Die Krankenanstalt muß frei und entfernt von Betrieben liegen, die den Zweck der Anstalt beeinträchtigen. Der Bauplatz muß 100 Quadratmeter für das Bett groß sein. Die Frontwände müssen von anderen Gebäuden 20 Meter, die übrigen 10 Meter entfernt sein. Flure und Gänge müssen mindestens 1,8 Meter breit, gut belichtet, lüft- und heizbar sein. Gänge, an denen Krankenzimmer liegen, dürfen nur zur Hälfte mit Nebenräumen auf der anderen Seite besetzt werden. Krankenzimmer, die das Tageslicht nur von einer Seite erhalten, dürfen nicht nach Norden liegen. Bettlagerige Kranke müssen in mehrbettigen Zimmern einen Luftraum von mindestens 30 Kubikmeter, in einbettigen Zimmern 40 Kubikmeter haben. Für das Bett müssen täglich 20 Liter einwandfreies Wasser geliefert werden können. Überall müssen Einrichtungen für Vollbäder vorhanden sein. Die Dünste oder Gerüche der

Wirtschaftsräume dürfen nicht in die Krankenzimmer dringen. Für Anstalten für Geisteskranken, Epileptische und Schwachstimmige, für Lungenheilstätten, Entbindungsanstalten und Säuglingsheime werden besondere Bestimmungen gegeben. Die Anforderungen sind hier zum Teil ermäßigt. Ein gesunder Säugling soll 12 Kubikmeter, ein kranker 20 Kubikmeter Luftraum haben.

Eine Ludwig-Hoffmann-Straße in Athen. Um den Namen des Berliner Stadtbaurats Ludwig Hoffmann mit ihrer Stadt für immer zu verbinden, hat die Stadtkommission der Stadt Athen mit einstimmiger Beschloß, einer im Zentrum der Stadt Athen gelegenen Straße den Namen Ludwig-Hoffmann-Straße zu geben.

Der Bauentwurf für die neue Geschlechtskrankeinstation für Frauen im städtischen Arbeitshaus in Rummelsburg hat gestern die Hochbaudeputation passiert. Die Kosten sind auf 1 1/2 Millionen Mark festgesetzt.

Berliner Ueberlandzüge. Der Flieger Kupp von den „Albatros“ werken ist gestern morgen um 5 Uhr 25 Minuten mit seinem Zweidecker vom Flugplatz Johannisthal aufgestiegen; er vollführte einen Ueberlandflug über Berlin, Jannowitzbrücke, Tiergarten, Wedding, kehrte dann nach dem Flugplatz zurück und flog, ohne zu landen, in der Richtung nach Trebbin bei Strausberg. Hier mußte er wegen Benzinmangels niedergehen.

Verkehrshörung in der Leipziger Straße. Eine kurze Störung im Straßenbahnbetriebe, die sich aber in der davon betroffenen Leipziger Straße recht fühlbar machte, ereignete sich am gestrigen Donnerstag früh gegen 8 Uhr. Vor dem Hause Leipziger Str. 118 werden gegenwärtig auf dem Fahrdamm Bauarbeiten ausgeführt. Mehrere Pflastersteine waren nun nicht tief genug eingearbeitet, so daß sich der Schuprahmen eines Motorwagens der Linie 8 festklemmte. Erst durch Herausnehmen der Steine wurde das Verkehrshindernis beseitigt; der alarmierte Rettungswagen der Straßenbahn brachte nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Während der Dauer der Störung, die von 7,53 bis 8,05 Uhr währte, wurden die vom Spittelmarkt kommenden Wagen durch die Jerusalem-, Zimmer- und Königgräber Straße, die Linie 33, 40, 60, 61, 80 und III von der Französischen Straße durch die Charlotten-, Zimmer- und Königgräber Straße abgeleitet.

Die Verlängerung der Nord-Südbahn nach Niddorf. In der Angelegenheit der Verlängerung der Nord-Südbahn nach Niddorf fand gestern eine Bepfung zwischen Vertretern der Magistrat von Berlin und Niddorf statt. Der Verfassungsentwurf wurde durch beraten und technischen Erörterungen unterzogen. Bei beiden Parteien herrscht das Bestreben, die Verhandlungen so zu fördern, daß die Nord-Südbahn mit der Verlängerungstrecke durch die Hofenheide bis Hermannplatz und gleichzeitig die Niddorfer Anichalbahn derartig fertiggestellt werden, daß zu einem einheitlichen Zeitpunkt die Gesamtstrecke eröffnet werden kann. Nach den Ferien werden beide Körperschaften endgültig ihre Beschlüsse zu fassen haben.

Große Beute machten Geldschrankeinbrecher in der vergangenen Nacht an zwei Stellen. Auf dem Grundstück Alexanderstraße 38a öffneten sie mit einem Nachschlüssel die Tür zum Kontor der Schöninghauser Kaffeebrennerei, deren Räume im Erdgeschoß am Hofe liegen. Sie räumten dann das Geldschloß von der Wand ab, erbrachen es an der Hinterseite und erbeuteten 4000 M. hartes Geld, das abends die Aufsicht von der Kundschaft mitgebracht hatten. Um das schwere Geld wegschaffen zu können, nahmen sie auch die Ledertaschen der Aufsicht mit. — Auf dem Grundstück Bergmannstraße 12 lasteten die Knacker die Haustür auf, brachen am Flur im Erdgeschoß von einer Tür ein Sicherheitschloß ab und gelangten so durch eine Ritze in das Kontor der Weinhandlung von Koch. Hier knabberten sie das Geldschloß auf und nahmen daraus 1500 M. in Papier und Gold, für 2000 M. Wertpapiere preussischer Konsols, Berliner Stadtanleihe und Reiningers Pfandbriefe, und fünf Treuhänderwechsel über je 5000 M. mit. Auch die Versicherungsmarken der Arbeiter verschonten sie nicht.

Von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt wurde die Leiche der 22-jährigen Arbeiterin Frida Freier in einer Privatstube in der Oranienstr. 131. Der Grund der staatsanwaltschaftlichen Maßnahme soll zu suchen sein in dem Umstande, daß bei der Verstorbenen von einer „weißen“ Frau ein unerlaubter Eingriff vorgenommen worden ist. Die Freier soll im sechsten Monat schwanger gewesen sein. Dieser verbotene Eingriff hat zum Tode geführt.

Von einem Straßenbahnunfall ist gestern nachmittags in Tempelhof unser Genosse der Reichstagsabgeordnete Fritz Zubeil betroffen worden. Zubeil hatte in Tempelhof, in der „Vorwärts“-Expedition, Berliner Straße 41/42, geschäftlich zu tun gehabt und wollte den Nachhauseweg antreten. Beim Ueberstreiten des Fahrdammes scheint Zubeil wohl die Entfernung eines daherkommenden Wagens der Linie 99 nicht richtig abgeschätzt oder den Wagen überhaupt nicht bemerkt zu haben, denn plötzlich befand er sich unter dem Straßenbahnwagen und wurde von dem Schuprahmen erfaßt. Der Führer des Wagens bremste mit aller Gewalt und verhielt sich somit noch größeres Unheil. Zubeil wurde sofort nach der Unfallstation des Garnisonlazarets gebracht und von da mit dem Krankenwagen nach seiner Wohnung. Keuchere Verletzungen hat Zubeil weniger erlitten, dagegen scheint er innerlich verletzt zu sein, da er über heftige innere Schmerzen klagt.

Zwei Klingelfahrer, die den Osten der Stadt unsicher machten, wurden mit ihrem Fehler von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Ein Arbeiter August Stend aus der Niddorfer Straße machte sich dadurch verdächtig, daß er bald bei diesem bald bei jenem Pfandleiher unter verschiedenen Namen allerhand Sachen verlegte. Weil er schon wiederholt bestraft ist, so beobachtete man ihn und fand, daß die Arbeiter Richard Brummer und Robert Dreimann bei ihm hausten und von diesem Schlupfwinkel aus jeden Tag auf die Klingelfahrt ausgingen. In der Barichauer-, Zülfster- und anderen Straßen des Ostens, auch im Nordosten und Norden, wie in der Jonsdammstraße, erdrachen sie Wohnungen und Böden und stahlen wie die Raben. Ihre Beute brachten sie zu Stend, der sie dann auf gefälschte Papiere verlegte. In der Behandlung beschloß die Kriminalpolizei ganze Körbe voll Wäsche, Kleidungsstücke, Goldsachen usw. Brummer behauptete, daß er alles gefunden habe. Erst als die Bestohlenen kamen und ihr Eigentum erkannten, legte er ein Geständnis ab. Alle drei wurden hierauf dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Unfall in der A. G. G. Am Mittwoch nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr ereignete sich in der A. G. G., Brunnen-Vollstraße, in der Wädelabteilung des Meisters Art ein schwerer Unfall. Dort waren zwei Arbeiter damit beschäftigt, ein Drehstromgehäuse von mehreren Zentnern Gewicht etwas handgerechter zu drehen. Bei diesem Versuch fiel das Gehäuse vom Tisch herunter und dem Arbeiter Oskar Krebs, Charlottenburg, Osnaabrückerstraße 20 wohndhaft, auf die Beine. Er erlitt dabei einen linken Oberschenkel- und einen rechten Knöchelbruch und mußte nach dem Lazaruskrankenhause gebracht werden. Schuld an diesem Unfall trägt vor allem die hastende Arbeitsweise, da in diesem Betrieb die Preise auf ein Minimum reduziert sind. Um nun nicht zu viel Zeit durch Warten auf den Kran zu verlieren, unternehmen es die beiden Arbeiter, das Gehäuse eigenhändig zu drehen.

Ferienbische. Eine unliebame Ueberfischung wurde einem Oberpostsekretär aus der Schönhauser Allee zuteil, der seiner Familie in die Sommerküche nachfuhr und sich acht Tage bei ihr aufhielt. Bei seiner Rückkehr fand er seine Wohnung mit einem Nachschlüssel geöffnet und alle Behältnisse erbrochen. Ferienbische hatten alles

durchwühlt und das ganze Silberzeug mitgenommen: Messer, Löffel, Gabeln usw., die alle M. A. oder B. A. gezeichnet sind.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich am Mittwochabend auf dem Hansplatz. Dort spielten gegen 7 Uhr eine Anzahl Kinder, unter denen sich auch die 6-jährige Tochter Frida der in dem Hause Tughabener Straße 5 wohnhaften Witwe Heusler befand. Als die kleine F. nun beim Spiel über den Fahrdamm laufen wollte, achtete sie nicht auf das Herannahen eines Privatautomobils. Das Mädchen wurde ungerissen und geriet unter das Auto, dessen Räder über das Kind hinweggingen. Der bedauernswerten Kleinen wurde der Brustkasten vollständig eingedrückt, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat.

Ein durchgehendes Gespann verfehlte am Mittwochabend zahlreiche Passanten in der Penzanceallee in Angst und Schrecken. An der Goldenerstraße sprang ein begerter Mann dem Pferde in die Hügel und wurde eine Strecke mitgeschleift, wurde aber von dem Tiere in den Hals gebissen, so daß ein zweiter Mann dem Gefährdeten zu Hilfe kam, der aber gleichfalls von dem wütenden Tiere gebissen wurde. Schließlich kam der Aufsicht des Gespanns herbei und brachte das Tier zum Stehen.

Eine verzeigte Köpenickade. Eine Geschichte, die lebhaft an den Streich des Schusters Voigt erinnert, wird aus dem märkischen Städtchen Bernau gemeldet. In dem dortigen Rathaus erschien dieser Tage ein etwa 35-jähriger, sehr elegant gekleideter und sehr aufrechter Herr, der den Bürgermeister der Stadt zu sprechen wünschte. Da dieser aber verreist war, wurde er von dem Stellvertreter des Stadtoberhauptes, dem Gutbesitzer Wiese, empfangen. Der Besucher stellte sich in hochfahrender Tone als höherer Beamter der Potsdamer Regierung vor, der den Auftrag erhalten habe, eine Anzahl märkischer Ortsverwaltungen zu inspizieren. Ohne weiteres setzte sich der „Herr Rat“ an den Schreibtisch, um seine Revisions-tätigkeit zu beginnen. Er verlangte kategorisch von dem stellvertretenden Bürgermeister die Vorlegung der Kassendbücher und die Herbeischaffung der Parbestände. Dann machte er sich daran, ein formgerechtes Protokoll aufzunehmen. Der Gutbesitzer hörte sich eine Zeitlang ruhig die vielen Wünsche und Vermägelungen des „Herrn Vorgesetzten“ an. Als ihm aber die Sache zu hart wurde, setzte er den Besucher kurzerhand an die frische Luft. Der über diese unerwartet schnelle Beendigung seiner Tätigkeit verärgerte „Herr Revisor“ möchte wohl eingesehen haben, daß er dem riesenhaften stellvertretenden Bürgermeister nicht gewachsen war und zog es vor, so rasch wie möglich zu verschwinden, allerdings nicht, ohne dem Bürgermeister gedroht zu haben, er werde diese Respektlosigkeit und Unbotmäßigkeit dem Herrn Oberpräsidenten melden. Zweifelloshandelt es sich um einen Schwindler, der gehofft hatte, durch sein sicheres Auftreten den Bürgermeister einzufascheln und dabei eine größere Geldsumme zu erbeuten. Wie sich herausstellte, war der Fremde vor seinem Besuche bei dem Bürgermeister bereits auf der Haupttasse gewesen, wo er aber von den Beamten, die ebenfalls Verdacht geschöpft hatten, an den Bürgermeister verwiesen wurde.

Vom Balkon der dritten Etage herabgestürzt und in den Armen der Mutter verschied gestern vormittags das vierjährige Töchterchen der verwitweten Fabrikbesitzerin Käthe, Hermannstr. 59/60. Die Mutter hatte Einfäufe gemacht und ihre beiden Kinder schlafend zurückgelassen. In der Zwischenzeit sind diese aufgewacht, das älteste Kind holte sich einen Stuhl auf den Balkon und wollte nach der Mutter ausschauen. Dabei verlor das Kind das Gleichgewicht und stürzte der gerade heimkehrenden, entsetzten Mutter vor die Füße. Es war sofort tot. Vor wenigen Wochen hat die unglückliche Frau erst ihren Gatten verloren.

Feuer im „Ritterhof“, Ritterstr. 11, alarmierte am Donnerstag die Feuerwehr nach der im Südosten gelegenen Handkässtraße. Dort stand beim Eintreffen der ersten Löschzüge der Dachstuhl des Quergebäudes in großer Ausdehnung in Flammen. Der Brandmeister ließ sofort mehrere Schlauchtrossen von Dampftrifflern vornehmen und damit über Treppen und eine mechanische Leiter energisch angreifen. Es konnte aber nicht mehr verhindert werden, daß der Dachstuhl mit den Bodenräumen zum größten Teil ausbrannte. Ueber die Entstehung konnte Authentisches noch nicht festgestellt werden.

Die „Bebenaffäre“ in Potsdam. Am Donnerstag vergangener Woche ist im Weihen See das 20-jährige Dienstmädchen Franziska Polodnik beim Baden das Opfer eines Verbrechen geworden. Die von der Staatsanwaltschaft angestellten Vermittelungen haben ergeben, daß als Täter der Obermaschinenist Adolf Eckert von der Ratrosenstation in Potsdam in Frage kommt.

Der Arbeiter-Sängerbund begeht am kommenden Sonntag im Weihensee sein 28. Sängersfest. Der Bund ist bemüht, durch tüchtige Leistungen der Gesamtchöre wie der Einzelchöre nur Gutes zu bieten und hofft auf recht starken Massenbesuch und — gutes Wetter. Mögen die Hoffnungen sich erfüllen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Anleihe für den Opernhausbau. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die von den städtischen Körperschaften Charlottenburgs beschlossene Anleihe zum Bau des Deutschen Opernhauses genehmigt worden. Da auch die Erteilung des Baufalles demnächst bevorsteht, sind bereits im Einverständnis mit dem Herrn Polizeipräsidenten die Ausschachtungsarbeiten in Angriff genommen worden.

Reinickendorf.

Reinickendorfer Krankenhausemiserie. Das Krankenhaus — dieses Schmerzenskind der Verbandsgemeinden — und seine wenig erfreuliche Verwaltung sind schuld daran, daß die Gemeindevertretung unseres Ortes, entgegen der anderer Gemeinden, in diesem Jahre so spät in die Ferien kommt. Unsere Genossen, denen ganz erhebliche Beschwerden zugegangen waren, hatten daraufhin Anträge gestellt, die Abstellung der geringsten Mängelstände bezugnehmend, zunächst forderten sie, wie schon wiederholt bei früheren Gelegenheiten die Einsetzung einer Verwaltungskommission, bestehend aus Vertretern der Gemeindevertretungen der vier Verbandsorte. Dieser Antrag war in Reinickendorf auch wiederholt angenommen, von den Gemeindevertretungen der übrigen Verbandsorte jedoch abgelehnt worden. Schließlich vereinbarten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter der vier Orte nochmals ein gemeinsames energisches Vorgehen in dieser Richtung, mit dem Erfolg, daß der jetzt bestehende, aus den Gemeindevorstehern der Verbandsgemeinden zusammengelebende Verwaltungsausschuß beschloß, den Gemeindevertretungen die Einsetzung einer zeitlich begrenzten Verwaltungskommission mit beratender Stimme zu empfehlen. Obgleich hierdurch die berechtigten Wünsche unserer Genossen nicht erfüllt waren, zogen diese ihren weitergehenden Antrag zurück, da ohne Änderung des Vertrages eine andere Zusammenlegung der Verwaltung nicht zu erzielen ist. Der Ausschuß soll der Seelenzahl der Gemeinden entsprechend zusammengesetzt sein, so daß entfallen werden auf Reinickendorf 4, Zehlendorf 3, Wittenau 2 und Rosenthal 1 Vertreter. Ein weiterer Antrag unserer Genossen betraf die Befolgungsverhältnisse der Angestellten des Krankenhauses. Schon bei der erst-

malignen Beratung des Krankenhauses betonen unsere Genossen, daß die in der Besoldungsordnung vorgesehenen Löhne und Gehälter so niedrig seien, daß dafür brauchbares Personal nicht dauernd an die Anstalt gefesselt werden müßte. Wie recht sie hatten, erwies sich später bei der Einstellung des Personals. Verschiedene Stellen konnten bei den vorgesehenen Gehältern nicht besetzt werden und mußte schon vorher eine Erhöhung beschlossen werden. Jedenfalls um diese Summe wieder herinzubringen, griff nun der Verbandsausschuß zu einem Mittel, das von etats-rechtlichen wie moralischen Gesichtspunkten aus nicht entschieden genug beurteilt werden kann. Er setzte die Löhne und Gehälter der anderen Kategorien teilweise empfindlich herab; so das Gehalt der Krankenschwestern von 35 auf 25 M. monatlich, auch wurden statt der vorgesehenen 40 Schwestern (darunter eine angemessene Anzahl Lehrschwestern) nur 14 angelernte und 20 Lehrschwestern, letztere sogar nur mit 15 M. monatlicher Entschädigung engagiert. Den Wärtern wurde statt des im Etat festgesetzten Gehaltes von 45 M. nur 40 M. gezahlt, doch sollen hierfür jetzt die richtigen Löhne gezahlt werden. Für die Hausdiener war ein Gehalt von 30 M. festgesetzt, gezahlt werden aber nur an zweien 38 M., an zweien 34 M. und an die übrigen gar nur 32 M.; die Wammbau- und Küchensmädchen erhalten statt der bestimmten 25 M. zum größten Teil nur 24 M., die Kochhausdiener statt 30 M. wieder nur 32 M., ja, den Waschkhausdienern, für welche 45 M. vorgesehen sind, werden nur 32 M. gezahlt. Für einen Bureau-diener waren 1200 M. ausgeworfen, diesem wurden nur 900 M. gezahlt und als dieser der glänzenden Bezahlung wegen die Stellung aufgab, wurde dafür ein Lausbursche eingestellt mit dem doch gewiß fürsüßlichen Lohn von drei Mark pro Woche und freies Essen. Würdig dieser Besoldung schließt sich auch die Behandlung an, die teilweise den Angestellten widerfährt. Ganz besonders scheint der Inspektor das Bedürfnis zu haben, den unteren Angestellten seine „Herzlichkeit“ und ihre „Minderwertigkeit“ fühlbar zu lassen. Daß er dabei nicht immer ganz bei der Wahrheit bleiben kann, ist doppelt bedauerlich; so wenn er z. B. bei Beschwerden über zu niedrige Gehälter unrichtig lamentiert, daß auch ihm auf Veranlassung der „Linken“ der Gemeindevertretung das Gehalt um mehrere hundert Mark gekürzt worden sei. Eine Behauptung, die unwarhaft ist und jedenfalls den Anschein erwecken soll, daß an der übrigen schlechten Besoldung die Sozialdemokraten schuld seien. Daß die Angestellten aber besser darüber orientiert sind, beweist der Umstand, daß sie sich zahlreich organisiert und unseren Genossen ihre Beschwerden vorgebracht haben. Andere von unserem Genossen Dhl vorgebrachte Klagen sollen erst nach Prüfung durch den Bürgermeister erörtert werden. Die Kritik über diese Besoldungen ist in unserer Gemeindevertretung ganz besonders angebracht, da der Reichensdorfer Bürgermeister Verbandsausschuß-Vorsitzender ist und daher als ausführendes Organ zu allermeist für diese Dinge verantwortlich ist. Daß dem so ist, bewies auch seine Antwort, die ganz persönlich gestimmt war. Zunächst waren alle Anlagen falsch, was wohl auf falschen Informationen beruhte; der Wechsel des Personals sei in allen neuen Krankenhäusern gleich, aber nicht infolge schlechter Bezahlung, sondern der geringen Qualität der Bewerber wegen; wenn von den bisher Eingestellten circa 70 ihre Stellung wieder aufgegeben haben, so sei das im Interesse der Anstalt vielleicht ganz erfreulich. Wenn der vorgesehene Lohn nicht allen in der Anstalt Beschäftigten gezahlt werde, so deshalb, weil dieser Lohn nur für erhaltendes und vollwertiges Personal vorgesehen war. Der Inspektor handelte richtig, wenn er die Leute zunächst mit niedrigeren Gehältern engagierte, denn wenn die Leute wieder entlassen werden müssen oder abgehen, sei doch wenigstens nicht erst das höhere Gehalt unnütz gezahlt worden. Im übrigen sei auf die Klagen wenig zu geben, wenn sie berechtigt sind, sollen sie da angebracht werden, wo sie „hingehören“, bei „ihm“. Dieses und noch verschiedenes Ähnliche, mit der bei solcher Gelegenheit stets vorräufigen Forderung herabgebracht, war so recht nach dem Herzen der Bürgerlichen. Und sie waren auch gleich alle geschäftig, ihm zu sekundieren. Zunächst die Fabrikantenfraktion nach dem bewährten alten Rezept: Herr Weder spricht dem Bürgermeister demotisch (er ist ja zugleich Amtsvorsteher) seine Bewunderung für seine (im scharfmacherischen Sinne) glänzende Verwaltung des Krankenhauses und zugleich den ihm reichlich zutreffenden Dank aus. Herr Dr. Kühnemann schwenkt den roten Lappen. Seine Reden sind stets die gleichen: Nicht nachgeben — statt sanfter Behandlung immer feste Los auf die Arbeiter — sind doch noch Herr im Hause — Presse ist Quatsch — läßt wie die Arbeiter — diese wollen alle Engel sein — klagen über schlechte Verhältnisse — sind Produkte phantastischer Renommiersucht der Arbeiter — und so weiter. Am besten sollte man bei so etwas zur Tagesordnung übergehen. Aber auch die Vernünftigeren unter den Bürgerlichen waren ganz aus dem Schlimmen. Herr Schemmel verlangt, daß solche Dinge nur verhandelt werden dürfen, wenn das Material hierzu mindestens 8 Tage vorher dem Gemeindevorstand eingereicht worden sei, der Bürgermeister verlangt hierfür Ausschluß der Öffentlichkeit und Herr Weder verlangt, daß über solche Anträge abgestimmt werde, ohne sie begründen zu lassen, famose Ideen! Die Herrschaften kamen erst zur Besinnung, als unsere Genossen und einige Bürgerliche den kalten Strahl der Unzulässigkeit nach der Landgemeindeordnung bzw. württembergischen spritzten. Nachdem sie durch den Genossen Dhl auch sonst noch einige den erregten Gemütern entsprechende kalte Douchen erhalten hatten, ließen sie alle ihre Hoffnungen fahren. Die Debatten über diese Anträge sind damit aber noch nicht zu Ende, denn einmal hatte sich der Bürgermeister vorbehalten, verschiedene „appetitliche“ Sachen näher zu untersuchen und Bericht zu erstatten oder, wie er sich ausdrückte, vom Genossen Dhl eine Verichtigung zu verlangen; dann aber sind diesem inzwischen wieder so viele neue Beschwerden zugegangen, die dringend der Klärung bedürfen. Herr Schröder bekräftigte zu diesem Punkt auch noch, daß auch sonst noch einiges im Krankenhaus reformbedürftig sei, wenn nicht auf der einen Seite unnütz vertan werden soll, was auf der anderen unnützlich gepart wird. Zur Beschaffung von Bureau-räumen soll auf dem Grundstück der alten Schule (Residenzstr. 45) ein Gebäude errichtet werden, das später ohne Schwierigkeiten zu einem Wohnhaus umgebaut werden kann. Hierfür wird die prinzipielle Genehmigung erteilt und 100 000 M. werden bewilligt. Der spezielle Entwurf soll später vorgelegt werden. Der Fußbodenbesatz des Saales der Benutzung übergebenen Realgymnasialgebäudes ist schon reparaturbedürftig und soll mit Tonfliesen belegt werden. Für einen ausscheidenden Stabsmann-Stellvertreter schlagen unsere Genossen den Genossen Gemeindevertreter Lange vor. Obgleich der vom Vorstand vorgeschlagene bürgerliche Kandidat den meisten unbekannt war, trauten sie doch, daß er der Geeignete wäre, und wählten ihn.

**Rixdorf.**  
Aktionen für Sport und Wandern. Am Sonntag, den 28. Juli, Ausflug nach Adlershof. Dasselbst großes Spielplatz. Abfahrt pünktlich 11 1/2 Uhr Bahnhof Rixdorf nach Nieder-Schöneweide von dort Marsch nach Adlershof. Raucher-Restaurant Wolfstein in Adlershof.

**Zegel.**  
Zwei Klagen gegen die Gemeindevertretung in Zegel wurden gestern vor dem Potsdamer Bezirksauschuß verhandelt. Als Kläger trat der Dreher Massa aus Zegel auf. Sein Klageantrag bezog sich auf die Ungültigkeitserklärung der Gemeindevertreterwahlen, sofern sie sich auf den Stationsvorsteher Wistuba und den Gastwirt Radens bezog. Am 8. März dieses Jahres fand Gemeindevertreterwahl für die dritte Abteilung statt. Auf den Kassenbeamten Krenndee entfielen 1094, auf Radens 990, auf Wistuba 383 Stimmen. Gewählt wäre also außer Krenndee Radens. Da in einem früheren Prozeß nach Angabe des Wahlvorstandes vom Verwaltungsgesicht ausgesprochen wurde, daß Krenndee nicht Ortsangehöriger im gesetzlichen Sinn sei, hob der Wahlvorstand die Wahl auf und kassierte

jämliche auf Krenndee entfielen Stimmen. Hierauf klagte Massa gegen die beiden W. und R., deren Wahl die Gemeindevertretung für gültig erklärt hatte. In seiner Klage führte er an, daß der Wahlvorstand unrichtig gebildet worden sei, indem der Bürgermeister auf die Vorschläge der bürgerlichen Parteien trotz des Protestes der Gegenpartei zwei Herren in den Wahlvorstand aufnahm. Diese Aufnahme sei aber keine gesetzliche Wahl gewesen. Ferner habe der Landmesser Westphal, ein Wähler zweiter Klasse, im Wahlvorstand der dritten Abteilung mitgewirkt, was ebenfalls unzulässig sei. Schließlich habe es dem Wahlvorstand an jeglicher Befugnis gemangelt, die Stimmen, die auf Krenndee entfielen waren, zu kassieren, weil dies ausschließlich Sache der Gemeindevertretung sei. Der Kreisauschuß von Niederbarnim verhandelte über beide Klagen getrennt. Er entschied, daß hinsichtlich des Westphal die Wahl für ungültig zu erklären sei, weil anstatt einer Reuwahl eine Ergänzungswahl hätte vorgenommen werden müssen. Der Einwand des Klägers, Westphal sei in gewissem Sinn ein staatlicher Exekutivbeamter wurde nicht als wirksam erachtet. Die Wahl des Radens hat aber der Kreisauschuß für gültig erklärt. Der Potsdamer Bezirksauschuß bestätigte das Urteil gegen Wistuba und erklärte die Wahl für ungültig, weil der Wahlvorstand nicht gesetzlich gebildet worden ist. Die Wahl des Radens wurde aus dem gleichen Grund annulliert.

**Adlershof.**  
Der Wahlverein hielt am Dienstag bei Raul seine Generalversammlung ab. In seinem Rückblick auf das verlossene Geschäftsjahr streifte Genosse Klotz die Vorgänge bei den letzten Gemeindevertreterwahlen. Besonderer Aufmerksamkeit seitens der Polizei erfreuten sich neuerdings die Mitglieder des engeren Vorstandes, die durch Vernehmung über den Zusammenhang zwischen Wahlverein und Jugendorganisation resp. Verein Jugendheim Auskunft geben sollten. Im Berichtsjahre haben stattgefunden 13 öffentliche, 5 General- und 4 Mitglieder-Verhandlungen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 557 auf 616, die der „Vorwärts“-Leser von 634 auf 712. Die Berichte der einzelnen Funktionäre boten keinen Anlaß zu Ausständen. In den Vorstand treten neu ein die Genossen Friedebis als Schriftführer und Emil Neumann als Revisor. Zu Bezirksführern resp. Stellvertretern wurden neugewählt Golsch in erster, W. Kohl und Tesli im zweiten, Brud und Adam im vierten, Pfafe und Fraulein Weil im fünften und Brzybyski im sechsten Bezirk. — Zum zweiten Male innerhalb des letzten halben Jahres müssen die Wähler der dritten Klasse an den Wahlstiften treten. Es handelt sich um die Ergänzungswahl für den ausgeschiedenen Genossen Hildebrandt. Als Kandidaten nominierte die Versammlung den Genossen Otto Petrich, Hoffmannstraße 24. Die Wahl findet statt am Sonnabend, den 22. Juli, nachmittags von 5—8 Uhr, im Lokale von Lehmgräbern vormals Schaner. Genosse Klotz schloß die Versammlung, indem er die Anwesenden verpflichtete, sich an der Wahlarbeit zu beteiligen.

**Treptow-Baumschulweg.**  
Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Treptow-Baumschulweg am 18. Juli im „Treptower Lustgarten“ hatte außer der Entgegennahme des Vorstandsberichts und der Wahl der Funktionäre organisatorische Aufgaben von erheblicher Wichtigkeit zu erledigen. Aus dem vom Vorstand gegebenen Bericht entnehmen wir, daß der Mitgliederbestand im Berichtsjahre von 946 auf 1105, also um 159 stieg. Einen ebenso erfreulichen Aufschwung hat die Zahl der „Vorwärts“-Leser genommen. Eingenommen wurden 9465 Beiträge von männlichen Mitgliedern und 1800 Beiträge von weiblichen Mitgliedern. Die Gesamteinnahme betrug 4315,48 M., dem 4296,50 M. Ausgaben gegenüber. In den Kreis konnten 2879,51 M. abgeführt werden. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes ist hervorzuheben die Beteiligung an den Gewerbeerichtswahlen und in der Eingemeindungsfrage. Weisigerwahlen zum Gewerbeamt wurden im vergangenen Jahre im Orte zum erstenmal vorgenommen. Die Ausschreibung der Wahlen war auch recht überaus erfolgreich, so daß nicht alles so klappete, wie es hätte sein müssen und wie es in der Zukunft sein wird. Immerhin brachte sie Erfolg. Der von unserer Seite eingereichte Liste der Arbeitnehmer wurde eine andere nicht gegenübergestellt und deshalb die von der Partei vorgeschlagenen ohne Wahl als gewählt proklamiert. Von den Arbeitgebern wurden gleichfalls 8 von 10 überhaupt zu Wählenden der sozialdemokratischen Liste entnommen. Ein Beweis, daß auch in den Arbeitgebertreibern das Vertrauen zur Rechtsprechung durch Sozialdemokraten ständig wächst. Einen vollen Erfolg brachte die Tätigkeit des Vereins in der Eingemeindungsangelegenheit. Der Initiative der Genossen ist es zu danken, daß der Lieberumpelungsvertrag, den Ort nach Nirdorf einzuverleiben, abgelehnt wurde. Allerdings war man beim Vorgehen gezwungen, mit bürgerlichen Kreisen zu paktieren, und diese haben nicht alles gehalten, was sie versprochen. Dem Vorstand und Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.  
Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete eine Neuordnung der Organisation der Partei. Der sozialdemokratische Wahlverein Treptow-Baumschulweg bestand bisher eigentlich aus zwei Vereinen, die einem für jeden Ortsteil. Beide hatten zwar eine Reihe von Aufgaben gemeinsam zu erledigen, in gewissem Umfang aber auch eine ganz selbständige Tätigkeit zu entfalten. Diesem Dualismus zu begegnen, stellte der Vorstand den Antrag, die Organisationsform der allgemeinen üblichen anzupassen und für beide Ortsteile einen gemeinsamen Vorstand zu wählen, dem zur Verarbeitung der speziellen örtlichen Angelegenheiten je ein Abteilungsleiter für jeden Ortsteil beigegeben werden soll. Der Antrag wurde nach wenig umfangreicher Debatte gegen wenige Stimmen von der Generalversammlung angenommen und der neue Vorstand den obigen Bestimmungen entsprechend aus fünf Personen zusammengesetzt. Bei der Wahl des neuen Vorstandes wurden fast ausnahmslos die Vorschläge der Funktionäre akzeptiert.

**Friedrichshagen.**  
Arbeiter-Samaritaner-Kolonie. Heute abend 8 1/2 Uhr Übungsstunde Wilhelmstr. 74, Hof parterre.

**Grünau.**  
In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Fechner den Bericht des verlossenen Geschäftsjahres. Stattegefunden haben 2 öffentliche und 11 Mitglieder-Verhandlungen. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten beträgt gegenwärtig 136. Der Kassenbericht ergab für das verlossene Jahr eine Einnahme von 37,22 M., eine Ausgabe von 33,40 M., bleibt ein Reibetrag von 3,82 M. Nicht mit eingerechnet ist allerdings ein Ueberdruck von 18,21 M. von der Kasse 1911. Die Reuwahlen des Gemeindevorstandes hatten folgenden Ergebnis: 1. Vorschlagender Wandowski, 2. Vorsitzender Wigner, Schriftführer Franz Schmidt, Kassierer Lantow. Die Wahl der Weisiger wurde zurückgestellt. Als Bezirksführer wurden die Genossen Kaffner, Schneider, Schärfe, Kasparzel und Fischer gewählt. Die Wahl des 6. Bezirksführers mußte ebenfalls zurückgestellt werden. Gewählt wurden noch als Revisoren die Genossen Fischer, Pröbbs und Kaffner, in die Lokalkommission die Genossen Wandowski, Klein, Kasparzel und Wigner.

**Waidmannsdorf.**  
Beim Sommerfest unseres Wahlvereins sind die auf die Nummern 236, 409, 496, 549 entfallenen Verlosungsgewinne liegen geblieben. Gefunden wurde ein Paar Mantelketten mit Knöpfen. Sämtliche Sachen sind abzuholen bei Franz Hempel, Waidmannstr. 22.

**Ober-Schöneweide.**  
Eingemeindung. Der Provinzialrat hat jetzt den Beschluß des Bezirksauschusses bestätigt, wonach das zum Gutsbezirk Adenstedt gehörige bei Rummelsburg gelegene Terrain nach Ober-Schöneweide eingemeindet wird. Auf dem Gelände befinden sich die Inzerantenteil veranlagt; Th. Wode, Berlin. Druck-Verlag: Derivart

Benzinanlage, die Petroleumanlage, die Sägemühle von Radge und die Kräftigung der Berliner Elektrizitätswerke. Einen Teil des Terrains hat die Gemeinde Ober-Schöneweide vor zwei Jahren zum Preise von 690 000 M. aus Privat Händen erworben. Durch diesen endgültigen Beschluß ist nun einem langwierigen Streit ein Ziel gesetzt, der wohl allen angrenzenden Gemeinden begehrenswert erschien in Anbetracht der Steuerkraft der dort domizilierenden Industrie, welche immerhin jährlich circa 45 000 M. dem Steuerfiskus von Ober-Schöneweide zuführen dürfte. Maßgebend für die Entscheidung des Provinzialrates dürfte wohl mit der Umstand gewesen sein, daß Ober-Schöneweide die Schul-lasten für die dortwohnenden Kinder trug.

**Oranienburg.**  
Der Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ feiert am Sonntag, den 28. Juli, im Lokal „Waldbau Sandhausen“ sein 6. Stiftungsfest. Dasselbe wird durch einen Umzug durch die Stadt eingeleitet. Die Bezirksleitung bittet die Wahlvereinsmitglieder sich recht regen an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

**Konoweb.**  
Mit einer imposanten Versammlung unter freiem Himmel leitete am Mittwochabend die Sozialdemokratie als erste der politischen Parteien am Orte den Reichstagswahlkampf ein. Zeit über tausend Personen füllten den hell erleuchteten Garten des Schmiedischen Lokals und lauschten andächtig den Worten des langjährigen Vertreters unseres Wahlkreises, des Genossen Fritz Jubel. In 1 1/2 stündigen trefflichen Ausführungen behandelte er das Thema: „Der bevorstehende Wahlkampf und die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie“. In der darauf folgenden Diskussion versuchte zunächst ein Redner die vom Redneren am Ort des Ganzen und wie den Liberalen geübte Kritik abzu-schwächen, hatte damit jedoch wenig Glück. Genossin Wache forderte die anwesenden Frauen zur tätigen Mithilfe in dem kommenden Wahlkampf sowie zu emsiger Aufklärungsarbeit auf. Genosse Bier forderte die etwa anwesenden Demokraten auf, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, da nur sie allein gewillt ist, die Interessen des werktätigen Volkes zu vertreten. Unter stürmischen Hochrufen auf die Sozialdemokratie und das geforderte freie Wahlrecht in Preußen erfolgte Schluß der Versammlung.

## Aus aller Welt.

**Katastrophe in einem Marmorbruch.**  
In einem Marmorbruch in Carrara (Italien) sind bei einem Einsturz vierzehn Arbeiter verunglückt worden. Nach mehrstündiger Arbeit wurden zwölf Personen, von denen acht tot und vier schwer verletzt waren, geborgen. Zwei Arbeiter liegen noch unter den Trümmern und es besteht wenig Hoffnung, sie noch lebend retten zu können.

In Dänzing in der Nähe von Neßheim wurden, einem Telegramm aus München zufolge, beim Abbruch einer Seitenmauer fünf Arbeiter verunglückt. Drei sind bereits tot, die beiden anderen schwer verletzt aus den Schuttmassen zutage gefördert worden.

**20 Soldaten beim Manöver verletzt.**  
In dem böhmischen Ort Alt-Bunzlau a. Elbe finden gegenwärtig auf dem Truppenübungsplatz militärische Übungen des 7. Dragonerregiments statt. Gestern fiel bei einem scharfenritt ein Pferd in der ersten Reihe zu Boden und begrub den Reiter unter sich. Die übrigen Dragoner stürzten über das gefallene Pferd hinweg. In wenigen Augenblicken lagen ungefähr 20 Pferde und 30 Soldaten in einem großen Knäuel am Boden. Die übrigen Soldaten ritten über sie hinweg. Ungefähr 20 Soldaten sind verletzt und wurden in das Militärhospital nach Brandeis an der Elbe übergeführt.

**Schreckenstat eines Wahnsinnigen.**  
Eine blutige Szene spielte sich Mittwochabend in der Nähe von Bern ab. Der Zigarrenreißende Reberhard aus Bern begab sich mit seinen drei Knaben im Alter von sieben bis elf Jahren in einen benachbarten Wald, um Kirschen zu pflücken. Im Gehölz zog er plötzlich den Revolver und eröffnete ein Feuer auf seine Kinder, von denen zwei tot zu Boden fielen. Der älteste Knabe vermochte zu entfliehen. Er erstattete der Polizei Anzeige, die sofort mehrere Beamte in den Wald entsandte. Inzwischen trat die Melbung ein, daß Reberhard nach einer benachbarten Ferienkolonie geeilt sei, um dort seine Tochter zu erschließen. In der Tat wurde Reberhard auf dem Wege dorthin verhaftet. Zweifellos ist der Mann von einem Wahnsinnsanfall gepackt worden.

**Pfarrer, die Altentümer verschachern.**  
Wie sehr einige italienische Landpfarrer die Altentümer ihrer Sakristeien und Kirchen als ihr Privateigentum betrachten, hat dieser Tage ein Prozeß gezeigt, in dem das italienische Unterrichtsministerium als Privatkläger auftrat. Ein Pfarrer von Villa d'Almeida hatte in seiner Kirche einige Damastgewebe, die im Inventar auf einen Wert von 60 Lire angegeben waren. Ein Antiquar Schuber, der in Mailand wohnt, erwarb sie für 1250 Lire, weil er ihren Wert erkannt hatte. Zum Glück erkannte inzwischen die Kunstbehörde auch den künstlerischen Wert der Gewebe, klagte gegen alle an dem Handel Beteiligten und erzielte wirklich die Verurteilung aller vier. Allerdings wurde nur auf eine Geldstrafe erkannt, da der Geisliche von dem künstlerischen Wert der Gewebe, die aus dem 17. Jahrhundert stammen, offenbar keine Ahnung hatte.

**Kleine Notizen.**  
Unfälle im Gebirge. Im Schlergebirge ist der Realhüter Wächter abgestürzt. Er blieb schwer verletzt die ganze Nacht über liegen. — Beim Wegebau in Gailbach wurde der Landwehrintendant Goolnig von einem abstürzenden Felsblock erschlagen. Er war sofort tot. — Der Fabrikbesitzer Radenhorst aus Osterode am Harz, der eine Bergtour machte, wird vermisst.  
Großfeuer. Die Ortshaus Uggowitz in Kärnten ist nachts ein Raub der Flammen geworden. Von 180 Häusern sind nur 15 verschont geblieben. Der Bahnhof und das Schulhaus konnten gerettet werden.  
Die Cholera. In Marseille wurden sechs Cholerafälle festgestellt, von denen vier tödlich verlaufen sind. Die von der Krankheit Befallenen Personen wurden sofort isoliert. Man hält es für möglich, daß der Hafen für verseucht erklärt wird.  
Duellausflug. Zwischen dem Redakteur Edmund Balh und dem früheren Staatssekretär Abgeordneten Jaltan Deij in Budapest fand ein Zweikampf statt. Nach einem ergebnislos verlaufenen Pistolenduell wurde ein Säbelduell ausgefochten, wobei Deij am Kopf leicht und am Ohr schwer verletzt wurde.

**Eingegangene Druckschriften.**  
Von der „Neuen Zeit“ ist Heft des 42. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Das päpstliche Motu proprio. — Die albanische Frage. Von Hermann Benda. — Ehrliche und naturwissenschaftliche Begründungen des Sozialismus. Von Dr. Beer. (Schluß). — Ein verheerter Raubzug. Von Robert Grimm. — Die Landarbeiterbewegung in Ungarn. Von Alexander Gismahia (Schluß). — Literarische Rundschau: Der Deutsche Arbeiterjugendbund. Von Dr. Theodor Kellner, Kreisobmann der Philosophie in Hannover. — Weib — Frau — Dame. Von Therese Schiefinger. — Christentumskanz. Von G. St.  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.